

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Christoph Koellreuter

Mit Lohnverzicht zur Vollbeschäftigung?

11. Jg./1978

3

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Mit Lohnverzicht zur Vollbeschäftigung?

Ein Zwischenbericht über Simulationsergebnisse mit einem makroökonomischen Quartalsmodell für die Bundesrepublik Deutschland

Christoph Koellreuter

Mit Hilfe eines makroökonomischen Quartalsmodells für die Bundesrepublik Deutschland wird der vom deutschen Sachverständigenrat vertretenen These nachgegangen, wonach geringere Zuwächse der realen Stundenlöhne oder gar eine Senkung der Reallöhne zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen.

Ceteris paribus — d. h. bei gegebenem Output — impliziert die für das Modell geschätzte Beschäftigungsfunktion einen negativen Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung.

Werden die Kreislaufrückwirkungen berücksichtigt, so ist das Vorzeichen des Zusammenhangs nicht mehr eindeutig gegeben. Beim z. Zt. wirksamen Steuer- und Sozialversicherungssystem mit seinen hohen marginalen Abschöpfungsquoten und bei einer nominellen Planung der Staatsausgaben (inkl. Einkommensübertragungen) führt eine Politik der Lohnzurückhaltung dank einer geringeren Inflationsrate zu positiven Auswirkungen auf den realen privaten Verbrauch. Wird hingegen bei den öffentlichen Haushalten von einer Realplanung und einer progressionsvermindernden Steuerreform ausgegangen, gilt das Gegenteil.

Auch im Falle der Investitionen ist keine eindeutige Aussage möglich, da deren Verhalten überwiegend von der Entwicklung der anderen Verwendungskomponenten des Bruttosozialprodukts, d. h. des privaten und öffentlichen Verbrauchs und der Exporte, bestimmt wird.

Eines hingegen scheint gesichert zu sein. In einem System flexibler Wechselkurse zahlt sich eine Politik der Lohnzurückhaltung für die Exporte nicht aus. Das dank eines geringeren Tariflohnanstiegs realisierte Weniger an Inflation wird zumindest kurz- bis mittelfristig durch das Mehr an Aufwertung („Overshooting“) überkompensiert.

Gliederung

1. Das für die Simulation verwendete ökonomische Quartalsmodell für die Bundesrepublik Deutschland
2. Zum Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung ohne Berücksichtigung der Kreislaufrückwirkungen
3. Auswirkungen von Lohnvariationen auf die reale Nachfrage nach Konsumgütern
4. Auswirkungen einer zurückhaltenden Lohnpolitik auf den öffentlichen Verbrauch, die öffentlichen und privaten Investitionen
5. Die Rolle flexibler Wechselkurse für die Wirkung einer zurückhaltenden Lohnpolitik auf Wachstum und Beschäftigung
6. Fazit

Im Rahmen dieser Arbeit, die unmittelbar an den Aufsatz von G. Bombach (S. 271 ff. in diesem Heft) anknüpft, soll mit Hilfe eines makroökonomischen Quartalsmodells für die Bundesrepublik Deutschland¹⁾ der vom deutschen Sachverständigenrat (SVR) vertretenen These nachgegangen werden, wonach geringere Zuwächse der realen Stundenlöhne oder gar eine Senkung der Reallöhne zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen.²⁾

1) Das für die Simulationen verwendete ökonomische Quartalsmodell für die Bundesrepublik Deutschland ist am Institut für angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Basel und bei Prognos AG, Basel von Christoph Ditzler, Christoph Koellreuter und Peter Kugler entwickelt worden. Die Arbeiten an diesem Modell sind noch im Gange. Deshalb besitzen die in diesem Beitrag diskutierten Simulationsergebnisse ausgesprochen vorläufigen Charakter. Das Modell wird in seiner definitiven 1978er Version ab August 1978 als Diskussionspapier Nr. 19 der Basler sozialökonomischen Institute erscheinen. (Ditzler, C., Koellreuter, C., Kugler, P., Quartalsmodell BRD IV, ein ökonomisches Quartalsmodell für die Bundesrepublik Deutschland). Die in diesem Aufsatz angesprochenen Ergebnisse beziehen sich auf eine nicht publizierte Zwischenversion „BRD III“, sobald das Modell BRD IV einsatzfähig ist, soll die in diesem Aufsatz vorgestellte Simulation noch einmal durchgeführt werden.

2) Siehe Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1977/78, S. II f. und insbesondere S. 138 ff.

1. Das für die Simulation verwendete ökonomische Quartalsmodell für die Bundesrepublik Deutschland

Das zum Einsatz gelangende Quartalsmodell umfaßt dreißig Verhaltensgleichungen und elf Identitäten. In zehn Gleichungen werden das reale Bruttosozialprodukt und seine Verwendungskomponenten bestimmt. Im Arbeitsmarktteil des Modells werden die Nachfrage und das Angebot an abhängiger Beschäftigung (Arbeitsvolumen), sowie die Quartalsarbeitszeit pro Beschäftigten und die Effektivstundenlöhne erklärt. Auf der Verteilungsseite des Bruttosozialprodukts werden die Bruttoeinkommen und die Nettoeinkommen der Lohnbezieher wie der Nichtlohnbezieher wie auch die indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) determiniert. Nach Einführung einer exogenen Variablen „übrige Nettostaatsausgaben“ wird der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors bestimmbar. Im Preissektor des Modells werden alle Preisindizes der im Modell berücksichtigten Verwendungskomponenten des Bruttosozialprodukts erklärt. Von zentraler Bedeutung für die Funktionsweise des Modells ist sein monetärer Sektor, in dem nach den Verhaltensgleichungen für den kurz- und den langfristigen Zinssatz vor allem der endogene Wechselkurs der DM gegenüber dem Dollar hervorzuheben ist.

Von der theoretischen Seite her ist das Modell als „zentristisch-pragmatisch“ zu bezeichnen. Die Modellautoren haben versucht, sofern dies im beschränkten Zeitrahmen überhaupt möglich war, unvoreingenommen keynesianische, neoklassische und monetaristische Hypothesen einer empirischen Überprüfung zu unterziehen. Dies sei an einem Beispiel gezeigt.

Bei den Preisgleichungen wurde sowohl der Einfluß der Geldmengenaggregate M1 und M2 wie auch derjenige von Kosten- und Nachfragedruckvariablen getestet. Auch wenn die Geldmenge aufgrund statistischer Kriterien in den Preisbestimmungsgleichungen nicht als erklärende Variable akzeptiert werden konnte, ist der indirekte Ein-

fluß der Geldmenge auf Preise und Mengen von großer Bedeutung: Der Wechselkurs der DM gegenüber dem US-\$ hängt unter anderem vom relativen Geldmengenwachstum Bundesrepublik Deutschland / USA ab³⁾.

Wird z. B. die Wachstumsrate der deutschen Geldmenge *ceteris paribus* verringert, so wertet sich die deutsche Mark auf. Die Importpreise und in der Folge dann auch das nationale Preisniveau fallen bzw. weisen geringere Zuwachsraten auf. Da die Nachfrage nach deutschen Exportgütern nach den Modellschätzungen zumindest seit 1975 preiselastisch ist (Exportpreiselastizität von über Eins) und der Wechselkurs im Modell kurz- bis mittelfristig die Kaufkraftparitäten „überschießt“, führt eine kontraktive Geldpolitik über die Kette Wechselkurs-Exportpreiselastizität kurz- wie mittelfristig zu einer Reduktion der Exportzuwachsrate und somit des realen Wachstums und der Beschäftigung.⁴⁾

Als keynesianisch ist das Modell anzusprechen, weil die Kreislaufbeziehungen zu ihrem vollen Recht kommen und Vollbeschäftigung nicht durch irgendwelche Selbstheilungskräfte garantiert ist.

Neoklassische Elemente sind aber ebenfalls vertreten. So lassen sich die Lohn- und Preisgleichungen des Modells u. a. auch aus neoklassischem Grundannahmen ableiten. Dasselbe gilt von der Beschäftigungsgleichung. In der BRD IV-Version sind zusätzlich die Investitionsfunktionen nach der neoklassischen Investitionstheorie von Jorgenson⁵⁾ modelliert worden.

2. Zum Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung ohne Berücksichtigung der Kreislaufwirkungen

Bei der Abklärung der Frage, ob nun weniger Lohn zu mehr oder weniger Beschäftigung führe, besteht wohl in einem Punkt weitgehend Einigkeit. *Ceteris paribus*, also bei gegebenem Output – d. h. ohne

Berücksichtigung der Kreislaufwirkungen von Lohnvariationen – besteht ein negativer Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung.

Theoretisch läßt sich dieser Zusammenhang unter der Annahme einer Produktionsfunktion mit vollkommener Substituierbarkeit der beiden als homogen angenommenen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (normaler neoklassischer Fall)⁶⁾ wie auch unter der Annahme limitationaler Produktionsverhältnisse und heterogenem Kapital⁷⁾ herleiten.

Selbst über die Größenordnungen der empirisch meßbaren Reallohnelastizität der Beschäftigung scheint sich ein gewisser Konsensus abzuzeichnen. So nennt z. B. Hamermesh⁸⁾ als mittlere Schätzung der Reallohnelastizität der Beschäftigung aus einer stattlichen Anzahl von US-Studien den Wert von - 0.15 (nach 4 Quartalen). Franz⁹⁾ und Driehuis¹⁰⁾ kommen für die Bundesrepublik Deutschland bzw. die Niederlande zu ähnlichen Ergebnissen.

Die Reallohnelastizität beträgt in unserem Modell -0.23 (BRD III; bereits im laufenden Quartal voll wirksam) bzw. -0.2 (BRD IV; volle Wirkung erst nach 8 Quartalen erreicht).

3. Auswirkungen von Lohnvariationen auf die reale Nachfrage nach Konsumgütern

Daß eine Politikempfehlung, wonach mit Lohnzurückhaltung mehr Wachstum und Beschäftigung realisiert werden kann, nicht allein auf die oben diskutierte *ceteris paribus* Beziehung abstellen darf, sondern daß die Kreislaufwirkungen einer zurückhaltenden Lohnpolitik mit in Rechnung zu stellen sind, ist auch dem Sachverständigenrat sehr bewußt, wenn er schreibt:

„Besonders eingehend haben wir uns darum bemüht zu zeigen, daß eine Lohnpolitik, die durch zurückhaltende Tarifabschlüsse mehr Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten rentabel werden oder rentabel bleiben lassen will, nicht fürchten muß, zunächst einmal wegen ausfallender Kaufkraft ihre Erfolgchancen selbst zu zerstören.“ (Vgl. JG 1977/78, S. III)

Der Sachverständigenrat untersucht die Auswirkungen einer zurückhaltenden Lohnpolitik auf die einzelnen Verwendungskomponenten des Bruttosozialprodukts einzeln. Wir wollen uns diesem *Procedere* anschließen und mit ihm zuerst die Auswirkungen auf den realen privaten Verbrauch diskutieren.

Bei der Simulation ist wie folgt vorgegangen worden. Zuerst ist mit dem Modell (Zwischenversion BRD III) eine Kontrolllösung erstellt worden, die bezüglich der Tariflohnentwicklung durch jährliche Zuwachsraten von um die 6 % und vom Ergebnis her durch Zuwachsraten des realen Bruttosozialproduktes von um die 3 % p. a. für den Zeitraum 1978 bis 1980 gekennzeichnet ist. In einem alternativen „Sachverständigenratsszenario“ ist von denselben Annahmen bezüglich des Verlaufs der exogenen Variablen¹¹⁾ wie in der Kontrolllösung ausgegangen worden, mit Ausnahme der Tariflohnentwicklung, die entsprechend den Vorschlägen des Sachverständigenrats auf 3,5 % p. a. angesetzt worden ist.¹²⁾

Das Ergebnis des geringeren Tariflohnanstiegs auf den realen privaten Verbrauch müßte nach der entsprechenden Sachverständigenratsthese „schon auf kurze Sicht sein: weniger Inflation und mehr reale Nachfrage nach

3) Zur verwendeten Wechselkursgleichung siehe auch: Bernholz, P., Kugler, P., An Empirical Model of the Short Run Fluctuations of Exchange Rates: The Case of the Deutschmark (DM) and the Swiss Franc (SFR), 1978, erscheint in Kredit und Kapital.

4) Damit ist noch nichts über die langfristige Wirkung der Geldpolitik auf Export, Wachstum und Beschäftigung ausgesagt.

5) Jorgenson, D. W., Capital Theory and Investment Behaviour, American Economic Review, 52, 1963; ders., Anticipations and Investment Behaviour, in: J. S. Dusenberry et al. (Hrsg.), The Brookings Quarterly Model of the United States, Chicago and Amsterdam, 1965.

6) Vgl. Killingsworth für eine Übersicht über neoklassische Modelle der Nachfrage nach Arbeit. Killingsworth, M. R., A Critical Survey of „Neoclassical“ Models of Labour, Bulletin Oxford University Institute of Economics and Statistics, 32, 1970.

7) Siehe z. B. das niederländische Clay-Clay Vintage Modell von Den Hartog und Tjan. Den Hartog, H., Tjan, H. S., Investments, Wages, Prices and Demand for Labour (a Clay-Clay Vintage Model for the Netherlands), De Economist, 124, 1976, S. 52.

8) Hamermesh, D. S., Econometric Studies of Labour Demand and their Applikation to Police Analysis, The Journal of Human Resources, 11, 1977, S. 514.

9) Franz, W., International Factor Mobility and the Labour Market: A Macroeconometric Analysis of the German Labour Market, empirical economics, 2, 1977, S. 15.

10) Driehuis, W., Fluctuations and Growth in a Near Full Employment Economy, Rotterdam, 1972, S. 37.

11) Bei den exogenen Variablen des Modells (Zwischenversion III) handelt es sich im einzelnen: Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich, Japan: Industrieproduktion, Exportgüterpreise, Wechselkurs US-\$/Nationale Währung, USA: Industrieproduktion, Exportgüterpreise, Bruttosozialprodukt, Deflator des Bruttosozialproduktes, langfristiger Zinssatz, Geldmenge M1, Rohwarenpreise auf Dollarbasis. Bundesrepublik Deutschland:
— Wohnbevölkerung, deutsche erwerbsfähige Wohnbevölkerung, ausländische abhängig Beschäftigte,
— Geldmenge M1,
— nomineller öffentlicher Verbrauch, nominelle öffentliche Bauinvestitionen, nominelle öffentliche Einkommensübertragungen.

12) Vgl. JG 1977/78, S. 157.

Konsumgütern“ (in entsprechender Abwandlung von Ziffer 293, Jahresgutachten 77/78, S. 139).

Unter den im Modell über den Verlauf der exogenen Variablen gemachten Annahmen kann diese These bestätigt werden: zwar überwiegen im ersten Simulationsjahr noch die negativen Wirkungen der Lohnsenkung die Effekte der Reduktion der Inflationsrate¹³); im dritten Simulationsjahr aber fällt das reale verfügbare Einkommen in unserem „Sachverständigenratsszenario“ größer aus als in der Kontrolllösung: die Zunahme der realen entnommenen Gewinne und der realen öffentlichen Einkommens-transfers übertrifft die Senkung der realen Nettolöhne. Die Konsumquote erfährt eine leichte Steigerung dank des verbesserten, hauptsächlich von der Inflationsrate abhängigen Konsumklimas.

Dieses Ergebnis ist in keiner Weise naturgegeben, sondern hängt entscheidend von den Annahmen des Modells bzw. den institutionellen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland ab.

In beiden Modellläufen wird von den selben Zuwachsraten der nominellen öffentlichen Einkommens-transfers (die zum größeren Teil aus Renten bestehen) ausgegangen. Es ist nun nicht anzunehmen, daß die Renten der dem „Sachverständigenratsszenario“ eigenen tieferen Inflationsrate *nicht* angepaßt werden. Würde zusätzlich eine solche – politisch höchst wahrscheinliche – Anpassung unterstellt, brauchte es sehr viel mehr Zeit, bis in unserer Modellsimulation die Sachverständigenratsthese bestätigt werden könnte.

Es ist vor allem die Wirkungsweise des bundesdeutschen Steuer- und Sozialversicherungssystems (speziell auch nach der Steuerreform des Jahres 1975), die für dieses Ergebnis verantwortlich ist. Der geringere Tariflohnanstieg im „Sachverständigenratsszenario“ bewirkt im Vergleich zur Kontrolllösung eine Reduktion der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Im Vergleich der beiden Modellläufe kann nun festgestellt werden, daß die marginale Abschöpfungsquote des Steuer- und Sozialversicherungssystems bezüglich der Lohneinkommen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene 60 % beträgt. Die negative Kreislaufwirkung der Senkung der Bruttolöhne wird dadurch stark gemildert.

Umgekehrt erweist sich die marginale Abschöpfungsquote (Staat, Sozialversicherung, unverteilte Gewinne) bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen geringer als bei den Arbeitseinkommen. Sie beläuft sich bezogen auf die Frist eines Jahres auf 50 % (im Vergleich der beiden Modellläufe). Wegen des relativ langen Durchschnittslags bei der Ausschüttung reduziert sich die marginale Abschöpfungsquote nach 3 Jahren sogar auf 40 %.

Würde das bundesdeutsche Steuer- und Sozialversicherungssystem in dem Sinne geändert, daß sich die gesamtwirtschaftliche marginale Abschöpfungsquote für Arbeitseinkommen von 60 % auf 30 % verringern und diejenige für Unternehmer- und Vermögenseinkommen von 40 %

auf 60 % erhöhen würde, so ließe sich die Sachverständigenratsthese innerhalb der drei Simulationsjahre nicht bestätigen.

Daß die Wirkungen einer zurückhaltenden Lohnpolitik auf die reale Konsumnachfrage unsicher sind, sieht auch der Sachverständigenrat, wenn er schreibt:

„Nur wenn die Senkung oder der Minderanstieg des Preisniveaus hinter diesem Maß zurückbleibt (. . . das gerade ausreicht, die reale Kaufkraft des verfügbaren Einkommens zu erhalten [Jahresgutachten 1977/78, Ziff. 300, S. 141]), ist es allein die Nachfrage nach Investitionsgütern, von der die Expansion kommen muß“ (Jahresgutachten 1977/78, Ziff. 301, S. 141).

Im folgenden sollen nun in unserer Modellsimulation die Auswirkungen eines geringeren Anstiegs der Tariflöhne auf die restlichen Verwendungskomponenten des Brutto-sozialprodukts untersucht werden.

4. Auswirkungen einer zurückhaltenden Lohnpolitik auf den öffentlichen Verbrauch, die öffentlichen und privaten Investitionen

Im „Sachverständigenratsszenario“ wird wie in der Kontrolllösung derselbe nominelle Zuwachs des öffentlichen Verbrauchs und der öffentlichen Investitionen unterstellt. Da das „Sachverständigenratsszenario“ durch eine geringere Inflationsrate gekennzeichnet ist, gibt der Staat in diesem Szenario real mehr aus und wirkt so expansiv¹⁴). Es stellt sich nun die Frage, ob diese Annahme realistisch ist, d. h. ob der Staat primär real oder nominal plant. Es gibt viele Anzeichen, die eher für eine Realplanung sprechen (Stellenplanung, Anpassung der Entwicklung der Gehälter der Beamten und der öffentlichen Angestellten an die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung, reale Bauplanung). In diesem Falle müßten dem Staat auf der Aufgabenseite ein neutrales Verhalten unterstellen. Die sich in unserem „Sachverständigenratsszenario“ ergebenden expansiven Wirkungen der staatlichen Ausgaben würden entfallen.

Es sind also durchaus Fälle denkbar, in denen bei einer Politik der Lohnzurückhaltung weder vom privaten noch vom öffentlichen Verbrauch und den öffentlichen Investitionen wenn nicht kontraktive so zumindest keine expansiven Effekte ausgehen.

Ist eine solche Konstellation gegeben, so muß das Mehr an Wachstum – wenn wir einmal von den noch zu diskutierenden Wirkungen auf die Exporte absehen wollen – von den privaten Investitionen kommen.

Die Investitionsfunktionen sowohl in der Zwischenversion BRD III wie der noch zu publizierenden Version BRD IV enthalten Nachfrage- und Kostenelemente. Da das Kostenelement der Investitionsfunktionen der Version BRD III, nämlich der Realzins, im „Sachverständigenratsszenario“ steigt (die Inflationsrate paßt sich rascher an die niedrigere Lohnzuwachsrate an als der langfristige Zinssatz), kann das Wachstum unter den Voraussetzungen des Modells bei einem Ausbleiben eines positiven Nachfrageeffekts nicht von den Investitionen kommen. Auch bei der BRD-IV-Version dürfte ein kosten-seitig ausgelöstes Anziehen der Investitionen unter Sachverständigenratsprämissen wenig wahrscheinlich sein: Die Inflationsserwartungen, die die Kapitalkosten in der BRD-IV-Version mindern, werden im „Sachverständigenratsszenario“ negativ beeinflußt.

13) Die Preise hängen im Modell im Sinne der Cost-Push-These überwiegend von der Entwicklung der Lohnstückkosten ab. Diese Preisbestimmungsfunktionen lassen sich nicht nur im Rahmen einer Zuschlagstheorie der Preisbildung ableiten, sondern sind auch mit den neoklassischen Theoriegebäuden kompatibel (siehe Eckstein, O., Fromm, G., The Price Equation, American Economic Review, 58, 1967, S. 1166 f.).

14) Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Sektors nimmt im „Sachverständigenratsszenario“ zu. Diese Zunahme wird durch eine entsprechende Zunahme der unverteilten Gewinne, der Ersparnisse der privaten Haushalte und eine entsprechende Abnahme des positiven Leistungsbilanzsaldos finanziert.

5. Die Rolle flexibler Wechselkurse für die Wirkung einer zurückhaltenden Lohnpolitik auf Wachstum und Beschäftigung

„Skepsis gegenüber den Beschäftigungswirkungen einer zurückhaltenden Lohnpolitik wird mitunter auch dadurch begründet, daß der bewegliche Wechselkurs im internationalen Wettbewerb keine nationalen Kostenvorteile mehr entstehen ließe.“ (Jahresgutachten 1977/78, Ziff. 305, S. 142).

Der endogen bestimmte Wechselkurs der deutschen Mark gegenüber dem Dollar reagiert empfindlich auf Veränderungen in der relativen Geldmengenentwicklung, in der relativen Konjunkturlage, im Inflationsraten- und Zinssatzdifferential jeweils zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA. Da sich die Vorgaben für die Geldmengenentwicklungen (MI) in beiden Modellvarianten gleichbleiben, können die unterschiedlichen Ergebnisse für den Wechselkurs nicht durch diesen Faktor bedingt sein.

Im „Sachverständigenratsszenario“, das sich wegen der zurückhaltenden Lohnpolitik durch geringere Preissteigerungsraten auszeichnet, muß es bei gleichbleibender Entwicklung in den USA zu einer deutschen Aufwertung kommen. Die Gleichung der Modellversion BRD III impliziert ein gemessen an der Vergangenheitsentwicklung seit 1973 nicht unrealistisches Overshooting, d. h. das Weniger an Inflation („Sachverständigenratsszenario“ im Vergleich zur Kontrollösung) wird durch das Mehr an Aufwertung kurz- bis mittelfristig überkompensiert.

Die gegenüber der Kontrollösung gemäßigte Zinsentwicklung¹⁵⁾ kann offenbar diese stärkere Aufwertungstendenz nicht wesentlich dämpfen. Dasselbe gilt vom Indikator reaktive Konjunkturlage. Der durch den höhe-

ren deutschen Importbedarf ausgelöste tendenzielle Abwertungsdruck wird vom Preisdifferentialsseffekt mehr als egalisiert.

In der Welt flexibler Wechselkurse, in der sich die effektiven Wechselkurse in ausgeprägten Schwingungen um den Pfad des Gleichgewichtswechselkurses bewegen, zahlt sich zumindest nach unseren Modellrechnungen kurz- bis mittelfristig eine zurückhaltende Lohnpolitik für die Exportwirtschaft nicht aus.¹⁶⁾

Die Wechselkursgleichung der endgültigen 1978er-Version BRD IV deutet darauf hin, daß dieses Phänomen des durch Lohnzurückhaltung (über das Overshooting) ausgelösten nationalen Kostennachteils definitiv nur ein kurz- bis mittelfristiges Phänomen sein dürfte. Die langfristige Elastizität des Wechselkurses in bezug auf das Preisdifferential ist in der neuen Wechselkursgleichung im Sinne der Kaufkraftparitätentheorie nicht statistisch signifikant von eins verschieden.

6. Fazit

Zwar konnte in der oben diskutierten Simulation unter den ganz speziellen von uns gesetzten Annahmen über den Verlauf der exogenen Variablen gezeigt werden, daß die Sachverständigenratsthese, wonach eine zurückhaltende Lohnpolitik zu mehr Wachstum und Beschäftigung führe, bestätigt werden kann. Andererseits dürfte deutlich geworden sein, daß unter anderen Annahmen über die Ausgestaltung des Steuer- und Sozialversicherungssystems als auch über das staatliche Ausgabenverhalten das Ergebnis sich in sein Gegenteil umkehren wird. Folgt man den in unserem Modell enthaltenen Investitionsfunktionen, so findet die Hoffnung auf einen kostenseitig ausgelösten Investitionsboom wenig Nahrung. Unsere Modellrechnungen deuten schließlich auch noch darauf hin, daß sich eine Politik der Lohnzurückhaltung in einer Welt flexibler Wechselkurse als ineffizientes Instrument zur Export- und Beschäftigungsförderung erweisen dürfte.

15) Erhöhung des Zinssatzdifferentials zugunsten der USA bewirkt einen Abfluß von Geldern nach den USA, der die Aufwertung der DM mildert.

16) Die realen Exporte gehen im „Sachverständigenratsszenario“ im Vergleich zur Kontrollösung wegen der negativen Exportpreiselastizität zumindest kurz- bis mittelfristig zurück.